

Christen setzen Zeichen

Von Wolfram Göll

Das Christentum ist nicht nur das maßgebliche Wertefundament Deutschlands und Europas, ohne das es weder Aufklärung noch Sozialstaat noch Menschenwürde noch Menschenrechte gäbe. Das Christentum hat auch den dauerhaften Auftrag, in der aktuellen Politik aktiv zu sein, sich einzumischen und Maßstäbe zu setzen. Die Christen sind bereit zu diesem Einsatz, über das praktische caritativ-diakonische Engagement hinaus. Dieses ermutigende Zeichen hat der Ökumenische Kirchentag gesetzt.

Das heißt für die Politik: Im göttlichen Auftrag den Menschen in den Mittelpunkt rücken. Seine gottgegebene Freiheit und Würde schützen vor dem Zugriff islamischer Terroristen und den Allmachtsphantasien totalitärer Ideologien wie Sozialismus und Nationalsozia-

lismus, aber auch vor der Ausbeutung durch den reinen Kapitalismus. Das betrifft den Schutz des Sonntages vor den Konsum-Interessen ebenso wie die christlich begründete Aussöhnung früherer Feinde wie Deutsche, Tschechen und Polen, aber auch den Schutz des ungeborenen Lebens vor pseudo-feministischem Gewäsch á la „Mein Bauch gehört mir“ und dem Zugriff von Forschern.

Die Union bezeichnet sich stolz als ökumenische Partei. In der Tat haben CDU und CSU erstmals die schädliche konfessionelle Spaltung in der Weimarer Zeit überwunden, um eine vereinte konservative Kraft mit christlichem Wertefundament zu bilden. Es ist gut, dass sich die CSU insgesamt und viele einzelne CSU-Politiker so stark auf dem Kirchentag engagiert haben.



Bild: dpa
Kirchentags-Kreuz

Teherans Atomschwur

Von Fritz David

Die Bilder hätten auch zum Pokalgewinn eines Fußballteams gepasst. Irans Staatschef Ahmadinedschad, sein brasilianischer Kollege Lula da Silva und der türkische Ministerpräsident üben la Ola. Nach 18 Stunden meldeten sie der Weltöffentlichkeit, Iran habe im Atomstreit eingelenkt und werde nun schwach angereichertes Uran im Ausland tauschen.

Das Kleingedruckte im Abkommen der Drei enttäuschte diejenigen, die wirklich Hoffnung hatten, dass der Iran nachgeben könne. Einen generellen Verzicht auf die Anreicherung von Uran gebe es damit aber nicht, stand im Kleingedruckten

zu lesen. Wieder einmal kniff Teheran. Der Großmachtrausch des Egomane Achmadinedschad hält an. Sein Spiel mit der Atombombe geht weiter. Noch immer bleiben die Fragen der internationalen Atombehörde zum iranischen Atomprogramm unbeantwortet. Internationale Kontrollen werden von Teheran kategorisch untersagt.

Damit dürfte das Regime seine letzte Chance verlan haben, diesen schwebelnden Konflikt zu beenden. UN-Sanktionen gegen den Iran werden immer wahrscheinlicher. Braucht Ahmadinedschad viel Feind, damit er im Iran viel Ehr' ernten kann?

Dämpfer für Spekulanten

Von Peter Hausmann

„Der Sündenbock ist bekanntlich kein Herdentier“, meinte einst ein deutscher Regierungssprecher. So verhält es sich derzeit auch in Bezug auf die Spekulanten. Sie hatten dem Euro in der vorigen Woche den Krieg an den Finanzmärkten erklärt und damit eine Reaktion der Europäer ausgelöst, die weit über die milliardenschweren Bürgschaften hinausgeht, die in dieser Woche den Bundestag beschäftigten.

Die Provokation der Spekulanten hat auch den letzten Zweiflern in Europa klargemacht, dass die Finanzmärkte dringend einer Regulierung bedürfen. Auch wenn die Briten noch immer Bremsversuche unternehmen. Europa ist entschlossen, die Zocker an die Kandare zu nehmen. Die Auflagen für die Hedge-Fonds, wie sie die europäischen Finanzminister beschlossen haben, und das Verbot sogenannter Leerverkäufe in Deutschland waren nur ein Anfang. Nicht zuletzt auf Druck der CSU hat sich die christlich-liberale Koalition darauf verständigt,

eine Finanztransaktionssteuer zu installieren.

Auch wenn diese Steuerspielart möglicherweise nur ein europäischer Alleingang werden könnte, ist ihre Einführung ein Versuch wert. Das Ziel ist klar: Kurzfristige Spekulationseffekte sollen zumindest gedämpft werden. Wie nötig das ist, zeigt

Das Ziel ist klar: Kurzfristige Spekulationseffekte sollen gedämpft werden

ein Blick in die Börsensäle. Die Zeiten, in denen aufgeregte Männer übers Parkett rannten und sich dabei Kauf- und Orders zuriefen, sind längst vorbei. Das Rennen um den schnellen Profit ist noch schneller geworden – so als wären die Spekulanten von der Postkutsche direkt in den Überschalljet umgestiegen. Heute handeln Bankcomputer mit eigens dafür entwickelten Programmen in Bruchteilen von Sekunden auf allen Handelsplätzen der Welt. Sie nutzen auch

kleinste Kursschwankungen aus und bescheren ihren Häusern Milliarden Gewinne. Gut vierzig Prozent des Umsatzes etlicher US-Banken entstehen allein aus diesen Millisekündendeals.

Es gibt noch keine Erfahrungswerte, ob eine Steuer auf Finanztransaktionen die erhofften Bremseffekte hat. Doch das Risiko ist limitiert. Zügelt die Steuer die größten Übertreibungen der Finanzmärkte, ist das Ziel erreicht. Wenn nicht, spült sie wenigstens ein ansehnliches Sümmchen in die darbedenden Kassen des Fiskus.

Es wäre freilich fatal, wenn man darin das Allheilmittel für die momentane Situation sähe. Die Haushaltsdefizite der Staaten wurden schließlich nicht von den Spekulanten aufgehäuft. Sie sind das Ergebnis des Mangels an Stabilitätskultur, der unter Mithilfe von Rot-Grün zu Anfang des neuen Jahrtausends in der EU wuchs. Sie hat letztlich dem Roulette der Finanzzocker Schwung gegeben. Die Aufgabe für die Politik ist klar: Sparen heißt das Gebot der Stunde.

DER STANDPUNKT



Alexander Dobrindt,
Generalsekretär der CSU

3,4 Milliarden Euro hat der Freistaat im vergangenen Jahr in den Länderfinanzausgleich gezahlt – das ist fast ein Zehntel des gesamten bayerischen Staatshaushalts. Ja es stimmt, früher war Bayern selbst einmal Empfänger im Länderfinanzausgleich. Aber die Menschen in Bayern haben hart gearbeitet, um wirtschaftlich so erfolgreich zu sein, dass Bayern heute das stärkste Land im Bund ist. Richtig ist, dass finanzschwache Länder Unterstützung brauchen. Aber gleichzeitig muss es Bemühungen geben, diese Situation zu beenden. Das findet heute beim Länderfinanzausgleich keine Berücksichtigung. Einige Nehmerländer leisten sich trotz klammer Kassen und hoch verschuldeter Haushalte eine ganze Reihe von staatlichen Ausgaben, die es in den Zahlerländern Bayern, Hessen und Baden-Württemberg so nicht gibt: etwa ein kostenfreies Kindergartenjahr oder den Verzicht auf Studiengebühren. Darüber muss gesprochen werden, denn Solidarität muss genauso wie die Eigenverantwortung beim Länderfinanzausgleich wieder in eine sinnvolle Balance gebracht werden. Deshalb brauchen wir eine Neuordnung, damit der Länderfinanzausgleich wieder ein Stück gerechter wird. Wer sich um solide Finanzen und eine starke Wirtschaft kümmert, darf am Ende nicht bestraft werden.



Die wahre Katastrophe

Zeichnung: Sakurai

ZU GAST IM BAYERNKURIER



Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) und Professor des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Bild: BK

Europapolitik: Britische Interessen bleiben konstant

Der Blick der neuen konservativ-liberalen Regierung auf den Kontinent – Von Werner Weidenfeld

Die britischen Wähler haben eine historische Zäsur bereitet: Nach vielen Jahren wurde die regierende Labour-Partei abgewählt. Erstmals seit Kriegsende musste eine Koalitionsregierung gebildet werden. Vor einem solchen Hintergrund sprießen natürlich die Spekulationen über den künftigen Kurs. Dies gilt auch für die Frage nach der Zukunft britischer Europapolitik. Wird Großbritannien auf einen scharfen Anti-Europakurs getrimmt – oder wird es auf einen liberalen Weg der Europafreundlichkeit gedrängt?

Man muss ganz nüchtern sehen: Britische Interessen bleiben die eigentliche Orientierung. Dies bedeutet, dass man die Einigung Europas primär als ein ökonomisches Unterfangen definiert. Man wird keine weiteren politischen Reforminitiativen ergreifen. Die forschen Kontinentaleuropäer werden ausgebremst. Aber man wird immer jedoch in letzter Minute auf den Europa-Zug aufspringen. Nie mehr soll er ohne Großbritannien

abfahren. Aber große Schritte nach Europa wird London nicht vollziehen – weder dem Euro-Raum noch dem Schengen-Raum beitreten. Die britische Interessenlage bleibt konstant – gleichgültig, wer die Regierung stellt.

Verändern können sich auf dieser stabilen Grundlage durch den Regierungswechsel die Nuancen: das atmosphärische Ornament und die taktischen Feinheiten. Die Konservativen hatten sich über die Jahre mit einem scharfen Anti-Europakurs profiliert. Sie ließen keine Situation aus, um ihr „Nein“ zu europäischen Entscheidungen zu artikulieren. Sogar den Lissabon-Vertrag wollten sie durch ein Referendum zu Fall bringen. Sowohl der heutige Chef der Konservativen, David Cameron, als auch sein Amtsvorgänger William Hague, pflasterten ihre politische Karriere mit heftigen Attacken gegen Europa. 2009 betrieben sie als einen symbolischen Höhepunkt den Austritt der Konservativen aus der gemeinsamen Fraktion mit den Christdemokraten im Europäischen Parlament, der Eu-

ropäischen Volkspartei (EVP). Die Tories kreierten eine neue, eher anti-europäische Fraktion. In der Schlusskurve vor der Wahl nahmen aber beide konservativen Spitzenpolitiker, Cameron und Hague, die aggressive Schärfe aus ihren Europa-Reden.

Und nun benötigen die Konservativen für ihre Regierungsmehrheit die europafreundlichste Partei Großbritanniens, die Liberaldemokraten. Die haben zudem starke politische Figuren ins Kabinett entsandt, die alle ein markantes pro-europäisches Profil entwickelt haben: Partei-Chef Nick Clegg, Wirtschaftsminister Vince Cable und Justizminister Kenneth Clarke. Es wird also zu einer klassischen Mischung des britischen Pragmatismus aus Europa-Skeptikern und Europa-Anhängern kommen. Weder sind neue Londoner Aufbrüche nach Europa, noch neue Londoner Blockaden zu erwarten. Wir werden Hochfeste des britischen Pragmatismus erleben. Britische Interessen bleiben britische Interessen.